

# WIDERSTAND GEGEN DIE POLITISCHE KLASSE



26.02.2015

Dieter G. Jürgens

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

**Das EURO-Experiment ist längst gescheitert. Nie war Europa nach dem letzten Weltkrieg so gespalten wie heute. Nur notorische Realitätsverweigerer lassen sich noch durch Polit-Dampfplauderer in deutschen TV-Talkrunden beeindrucken. Es ist Zeit zum Widerstand gegen die politische Klasse.**

# Widerstand gegen die politische Klasse

DIETER G. JÜRGENS

**Die Städte Mainz und Wiesbaden trennt zwar der Rhein, doch haben sie sonst vieles gemeinsam, u.a. den Karneval. Seit Kurzem ist die Entfernung zwischen den beiden Städten aber wieder ein ganzes Stück gewachsen, denn eine der wichtigsten Verbindungen zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen wurde gekappt.**

An der Schiersteiner Rheinbrücke hatte sich ein Pfeiler geneigt, sodass Risse entstanden und die Fahrbahn um einige Zentimeter absackte. Gefahr! Die Folge: Sperrung und ein Stauchaos in beiden Landeshauptstädten. Die Brücke wird täglich von bis zu 90 000 Fahrzeugen benutzt. Kein Einzelfall. Nur 14 Prozent der 39 000 Fernstraßenbrücken sind laut Bundesverkehrsministerium in einem guten oder sehr guten Zustand. Ein Drittel werden mit ausreichend, 14 Prozent mit nicht ausreichend oder ungenügend bewertet.

Marode Brücken, sanierungsbedürftige Schultoiletten, verschlissene Kindergarteneinrichtungen, schließende Schwimmbäder, zerbröselnde Straßen - die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Kurze Frage: Woran, glauben Sie, mag das wohl liegen? Kein Geld? Richtig! **Bund, Länder, Gemeinden und Städte sind schlichtweg pleite.** Wir haben trotz erhöhter Steuereinnahmen und wachsendem Wirtschaftswachstum kein Geld mehr für die Erhaltung öffentlicher Einrichtungen, die Stützen unseres (ehemaligen) Sozialstaates.

Die Gründe: Im Zeitraum von 1950 bis etwa Anfang der 1970er standen die Prognosen für Deutschland sehr gut, was häufig zu einer positiven Bilanz führte. Seit diesem Zeitpunkt wurden jedoch aufgrund div. Steuergeschenke und Subventionen etc. keine Schulden mehr getilgt, sondern lediglich umgeschuldet, wobei die jeweils neuen Darlehen immer höher waren als die vorherigen (Zinslast).

## DIE GRUSELSTATISTIK DER LETZTEN 10 JAHRE

	Staatsverschuldung in Mrd. Euro		in Prozent (BIP)	
	2004	2014	2004	2014
Deutschland	1.464	2.155	64,5 %	74,8 %
Italien	1.449	2.134	103,7 %	134,5 %
Frankreich	1.079	2.031	65,2 %	95,5 %
Spanien	389	1.021	46,2 %	98,1 %
Griechenland	183	318	98,8 %	175,5 %
etc.				
<b>Gesamte Euro-Zone</b>		<b>9.391</b>		<b>94,5 %</b>

Es ist unschwer zu erkennen, dass z.B. Griechenland nur „Peanuts“ gegenüber der Gesamtverschuldung in der Euro-Zone darstellt. Allein Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien vereinen **über 78 Prozent** der Gesamtschulden der Euro-Zone auf sich.

## Es liegt was in der Luft

Deutschland hat vor lauter Bankenrettungen vergessen, sich selbst zu retten. Wenn sich Menschen in die existentielle Enge getrieben fühlen, wehren sie sich. Wird der Druck zu groß, entlädt sich das i.d.R. in unkontrollierten sozialen Unruhen.

Die erste Revolution hat bereits stattgefunden: Die Revolution der Politiker gegen die eigene Bevölkerung. Ökonomische Inkompetenz, Korruptierbarkeit gegenüber dem Kapital, geduldete und aktive Vertrags- und Rechtsbrüche u.v.a.m. hinterlassen einen katastrophalen Scherbenhaufen. Unsere Staats**Diener**, längst zu Staats**Herrschern** nach Gutsherrenart mutiert, ignorieren aus Eigennutz beharrlich die Rechte und Freiheit ihrer Bevölkerung, indem sie verantwortungslos und unrechtmäßig nationale Rechte auf undemokratisch Institutionen wie die EU-Bürokratie und EZB übertragen.

## Die volle Wahrheit

Schon die offiziellen Schulden Deutschlands sind Besorgnis erregend. Tatsächlich sind sie noch **um ein Vielfaches größer**. Sigmar Gabriel machte sich vor Kurzem dafür stark, die Defizitgrenze von drei Prozent etwas lockerer zu sehen. Nach seiner Vorstellung sollten gewisse Staatsausgaben nicht auf das Defizit angerechnet werden.

Im **Vertrag von Maastricht** steht: drei Prozent Neuverschuldung! 60 Prozent Gesamtverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)! Aber es hält sich sowieso niemand daran: Praktisch alle wichtigen Euro-Mitglieder liegen nach Eurostat-Zahlen weit darüber. Nehmen wir zum Beispiel Deutschland mit einer Staatsverschuldung von **2,155 Billionen Euro** (= zweitausendeinhundertfünfundfünfzig Milliarden) Ende 2014.

Diese rd. 2,15 Billionen Euro (= 74,8 Prozent BIP) sind aber noch nicht die volle Wahrheit, sondern nur **ein kleiner Teil**, die sogenannte **explizite** Verschuldung. Prof. Sinn vom ifo-institut warnt: „Insgesamt liegt die **implizite** Staatsschuld bei 206 Prozent des BIP.“ Implizit plus explizit - das heißt: Die **gesamte Verschuldung Deutschlands** beläuft sich auf **280 Prozent**. Damit ist Deutschland, wie die meisten Euro-Länder, hoffnungslos überschuldet, also pleite.

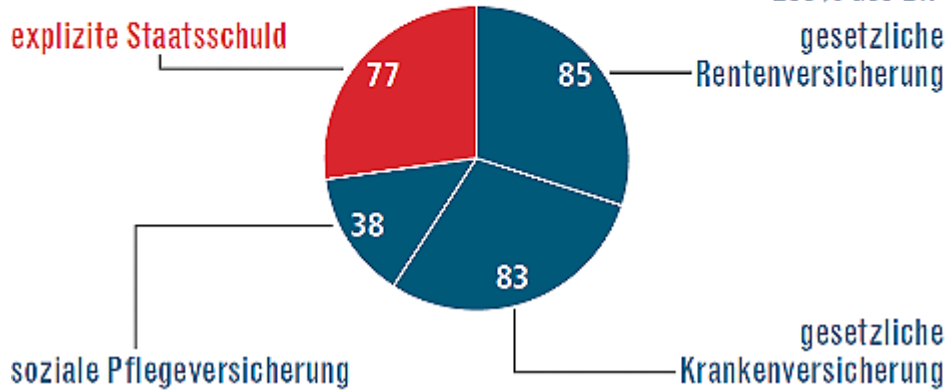
## Der Unterschied zwischen impliziten und expliziten Schulden

Die **expliziten** Schulden sind die **offen ausgewiesenen** Schulden, also die deutlich sichtbaren. Die **impliziten** Schulden bezeichnet Prof. Sinn als **verdeckte** Schulden, also jene Zahlungsverpflichtungen für den Staat, die durch die sozialen Sicherungssysteme entstehen. Aus der **Rentenversicherung** entstünden so z.B. Anwartschaften, die 85 Prozent des BIP ausmachen, aus der gesetzlichen **Krankenversicherung**, bei der die Jungen ja auch für die Alten zahlen, entstünden 83 Prozent des BIP, bei der **Pflegeversicherung** 38 Prozent.

## Explizite und implizite Staatsschuld Deutschlands

Anteile in Prozent des BIP

gesamte Staatsschuld: 283 % des BIP



## Die demografische Bombe tickt

Besonders die implizite Schuldenlast macht Angst: Kein Land hat weniger Kinder als Deutschland. Dass die deutsche Bevölkerung immer weiter schrumpfen wird, scheint unaufhaltsam zu sein.

Das Statistische Bundesamt rechnet vor: Seit 1972 übersteigt die Anzahl der Sterbefälle jährlich die Anzahl der Neugeborenen - und die Schere geht immer weiter auseinander.

Momentan leben in Deutschland rund 81 Millionen Menschen. Für das Jahr 2060 prognostizieren die Statistikexperten nur noch eine Bevölkerungszahl zwischen 65 und 70 Millionen. Die demografische Staatskrise Deutschlands in 20 Jahren ist programmiert. Deutschland ist durch die Schuldenrettung angeschlagen und wird es nicht ohne Schaden an der Gesellschaft und an der Stabilität des Staatswesens überleben.

**Die demografische Staatskrise Deutschlands in 20 Jahren ist programmiert.**

## Was sind Staatsschulden

Als Staatsverschuldung (Staatsschulden) bezeichnet man die zusammengefassten **Schulden eines Staates**, also die vom Staat **an Dritte geschuldeten Verbindlichkeiten**. In diesem Zusammenhang sind zwei Fragen interessant:

1. Wodurch entstehen Staatsschulden?
2. Wer sind die Gläubiger dieser Staatsschulden?

Beide Fragen sind ganz einfach zu beantworten.

**Staatsschulden entstehen**, wenn der Staatshaushalt kein Geld für Investitionen oder Rückführung von Darlehen hat. Dann gibt der Staat sog. Staatsanleihen, Bundesschatzbriefe o.ä. aus. Also Pfandscheine, die mit einem bestimmten Zinssatz und einer bestimmten Laufzeit zurückzuzahlen sind.

Dadurch bekommt der Staat „frisches Geld“ von **Dritten**. Das sind zum allergrößten Teil **Banken, Investment- und Hedgefonds, Versicherungen und Firmenkonglomerate**. Zu einem kleinen Teil auch Privatinvestoren.

**Damit ist auch schlicht beantwortet, wer die tatsächliche Macht im Lande hat.**

Die Staatsverschuldung wird in der Regel brutto betrachtet, das heißt, die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten werden nicht um die **Forderungen des Staates gegenüber Dritten** vermindert ausgewiesen.

Aber Deutschland ist doch, zumindest von den meisten Politikern gepriesen, Exportweltmeister, hat also Forderungen an Dritte. Ja, leider. Frage: Haben Sie schon mal versucht, einem Nackten in die Taschen zu greifen? Geht nicht? Oder anders gefragt: Welche Chancen haben Sie gegenüber einem Pleitier, Ihr verliehenes Geld zurück zu erhalten?

Forderungen und Verbindlichkeiten aus den sogenannten Target2-Salden entstehen aus dem Saldo der nationalen Zentralbanken, die diese auf die EZB übertragen. D.h. Deutschland liefert z.B. Waren an Spanien, Griechenland etc. Dafür lassen Spanien und Griechenland über ihre nationale Zentralbank bei der EZB „anschieben“. Raten Sie mal, wann wir diese Forderungen einlösen können ...

## Große Aufregung um „Grexit“

Dass ein Großteil der „Rettungsgelder“ für Griechenland nicht bei den Griechen, sondern bei den Banken landete, ist für informierte Leser nicht unbedingt neu.

- **58,2 Milliarden (28,1 Prozent)** wurden für die **Rekapitalisierung griechischer Banken** verwendet – **anstatt** den zu großen und maroden Sektor nachhaltig umzustrukturieren und **die Eigentümer der Banken für deren Verluste haften zu lassen**.
- **101,3 Milliarden (49 Prozent)** kamen **Gläubigern des griechischen Staats** zugute. Davon wurden 55,44 Milliarden verwendet, um auslaufende Staatsanleihen zu bedienen – **anstatt die Gläubiger das Risiko tragen zu lassen, für das sie zuvor hohe Zinsen kassiert hatten**. Weitere 34,6 Milliarden dienten dazu, die Gläubiger für den Schuldenschnitt im März 2012 zu gewinnen. 11,29 Milliarden wurden im Dezember 2012 für einen Schuldenrückkauf eingesetzt, bei dem der griechische Staat Gläubiger beinahe wertlose Anleihen abkaufte.

**„Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation und es interessiert mich nicht, wer dessen Gesetze macht.“**  
**„Der Zinseszinsseffekt ist das achte Weltwunder.“**

*Mayer Amschel Rothschild  
 (1744 – 1812), Begründer der  
 Rothschild-Bankendynastie*

- 46,6 Milliarden (22,5 Prozent) flossen in den griechischen Staatshaushalt oder konnten nicht eindeutig zugeordnet werden.
- 0,9 Milliarden (0,4 Prozent) gingen als griechischer Beitrag an den neuen Rettungsschirm ESM.

Bei den griechischen Staatsschulden handelt es sich also um Forderungen Dritter, von denen aller Voraussicht nach ein größerer Teil ausfallen wird.

Durch die „**Rettung**“ wurden ausschließlich künftige Verluste der Banken „gerettet“. Bei jedem kommenden Schuldenschnitt wird der öffentliche Sektor (letztendlich der Steuerzahler) die vollen Verluste tragen müssen.

Und da der IWF durch die Vorrangigkeit seiner Forderungen keine Verluste hinnehmen muss, werden **vor allem die Euroländer als Versicherer der EFSF- und ESM-Kredite die Verluste übernehmen müssen**. Derweil lachen sich die Banken und deren Aktionäre ins Fäustchen, während die Griechen den Blutzoll für diese, ohne große Übertreibung als „historisch“ zu bezeichnende **Umverteilung von unten nach oben**, zahlen.



## Merken Sie etwas?

Am Beispiel Griechenlands ist exemplarisch dargestellt, wie sich „Rettungsschirme“ auswirken. Am Ende zahlen **SIE**. Deutlich daran erkennbar, dass sich in Deutschland die Netto-Reallohne seit Einführung des Euro Jahr für Jahr kontinuierlich nach unten bewegen und Sie seit geraumer Zeit, wenn überhaupt, nur noch Mini-Zinsen auf Ihre Sparguthaben erhalten.

Stellen Sie sich jetzt doch einmal die „Rettung“ Spaniens, Italiens oder Frankreichs vor. Was ist das für eine Währung, die tagtäglich „gerettet“ werden muss? Auch das Pulver der EZB ist verschossen, niedriger kann die Zinsschraube nicht mehr gedreht werden. Nur die stetige Insolvenzverschleppung durch unsere (un)verantwortlichen Politiker zögert den unvermeidlichen Crash zu Lasten der Bevölkerung hinaus.

**Es ist an der Zeit zu handeln - wie zum Beispiel in Island, als dort eine politische Zäsur nach der Bankenkrise 2008 / 2009 eintrat:**

- Teile der isländischen Öffentlichkeit protestierten vor und nach der Krise gegen die Zentralbank, das Europäische Parlament und dem mangelnden Verantwortungsbewusstsein der Regierung; zwischen 3000 und 6000 Menschen (1-2 % der isländischen Bevölkerung) schlossen sich samstags den Protesten an. **Laut einer Umfrage Ende November 2008 waren 64 % für vorgezogene Neuwahlen.**
- Björgvin G. Sigurðsson, Islands Wirtschaftsminister, trat am 25. Januar wegen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und des uneinheitlichen Krisenmanagements der politischen Entscheidungsträger zurück. Björgvin sagte, **die Isländer hätten das Vertrauen in ihre Regierung und das politische**

**System verloren.** Er wolle seinen Teil der Verantwortung dafür übernehmen.

- Am 8. April 2009 erklärte der ehemalige Premierminister Geir H. Haarde , dass er die alleinige Verantwortung für die **Annahme der umstrittenen Spenden** (30.000.000 Kronen von der Investment-Gruppe FL Group, und 25.000.000 Kronen von der Landsbanki) an die isländische Unabhängigkeitspartei aus dem Jahr 2006 übernehme.
- Islands Parlament beschloss mit 33 zu 30 Stimmen am 28. September 2010, Geir H. Haarde (nicht aber die anderen Minister) **wegen Fahrlässigkeit anzuklagen**. Er musste sich vor dem Landsdómur, verantworten. Dieses **spezielle Gericht für Fehlverhalten in Regierungsämtern** wurde nun zum ersten Mal seit seiner Einrichtung 1905 einberufen. Geir H. Haarde wurde am 23. April 2012 für schuldig befunden.

## **Grundgesetz Artikel 20**

### **Absatz 1)**

**Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**

### **Absatz 4)**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

---

Zum Autor:

Dieter G. Jürgens, geb. 1950, studierte Wirtschaftswissenschaften und war viele Jahre als DBV-Beauftragter für den Öffentlichen Dienst, als Personaltrainer und Coach für die Assekuranz und im Finanzsektor tätig. Heute ist er freier Journalist.